

Kulturkampf im Fürstbistum Breslau

Die Kulturkampfmaßnahmen, die in Preußen und im Reich unter der Federführung des Reichskanzlers Otto von Bismarck seit 1871 erlassen wurden, stießen im Fürstbistum Breslau auf erheblichen Widerstand. Auf Seiten der kirchlichen Hierarchie zeichnete sich insbesondere Fürstbischof Heinrich Förster durch eine unnachgiebige Haltung aus. Dies führte dazu, dass ihn der Breslauer Oberpräsident im März 1875 zum Niederlegen seines bischöflichen Amtes aufforderte. Förster lehnte ab und entzog sich der dadurch drohenden Verhaftung am 6. Mai, indem er in die österreichischen Bistumsteile auf Schloss Johannesberg floh. Er wurde vom staatlichen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten am 6. Oktober seines Amtes enthoben und kehrte bis zu seinem Tod 1881 nie wieder ins Reich zurück. Auch die Laien leisteten den staatlichen Maßnahmen Widerstand. So unterschrieben mehr als 150.000 Schlesier die an den Kaiser gerichtete Petition vom 12. Januar 1878 auf Wiederherstellung der kirchlichen Zustände vor Erlass der Maigesetze von 1873.

Die staatliche Seite musste erkennen, dass ein vollständiger Sieg über die katholische Kirche nicht möglich war, und Bismarck nahm Verhandlungen mit dem 1878 inthronisierten Leo XIII. auf. Dem späteren Breslauer Fürstbischof, dem Fuldaer Bischof Georg Kopp kam dabei eine wichtige Rolle bei der Aushandlung der Friedensgesetze von 1886 und 1887 zu.

Literatur:

ANDREE, Christian, Der Kulturkampf in Schlesien, in: Archiv für schlesische Kirchengeschichte 53 (1995), S. 151-168.

MAI, Paul, Die Folgen des "Kulturkampfes" für die schlesische Kirche, in: Archiv für schlesische Kirchengeschichte 59 (2001), S. 229-246.

Empfohlene Zitierweise:

Kulturkampf im Fürstbistum Breslau, in: 'Kritische Online-Edition der Nuntiaturreportagen Eugenio Pacellis (1917-1929)', Schlagwort Nr. 220, URL: www.pacelli-edition.de/Schlagwort/220. Letzter Zugriff am: 24.03.2023.